

Zusammenstellung von Widerstands- und Protestaktionen und Stellungnahmen auf den Philippinen vom 01.06. – 30.06.2011, zusammengestellt aus Pressemitteilungen der KMU (Kilusang Mayo Uno, Gewerkschaftsbewegung des 1. Mai)

Zur leichteren Lesbarkeit des Textes hier die Erklärung zu Namen und Begriffen, die im Text immer wieder vorkommen:

KMU = Kilusang Mayo Uno (Gewerkschaftsbewegung des 1. Mai, kämpferischer gewerkschaftlicher Dachverband auf den Philippinen) PISTON = Pagkakaisa ng Samahang Tsiper, Vereinigung der Fahrer, ein Mitglied der KMU

Elmer Labog bzw. Ka Bong = Vorsitzender der KMU

Joselito Ustarez bzw. Lito = stellvertretender Exekutivvorsitzender der KMU

Rogelio Soluta bzw. Roger = Generalsekretär der KMU

Nenita Gonzaga = KMU-Vizepräsidentin für Frauen

Anakpawis Partylist (fortschrittliche Parteiliste der unterdrückten Massen, im Kongress vertreten)

Cherry Clemente = Generalsekretärin der Anakpawis Parteiliste

Benigno Simeon Aquino III bzw. Noynoy = derzeitiger Staatspräsident

Gloria Macapagal Arroyo bzw. GMA oder Gloria = frühere Staatspräsidentin

Philippine Airlines bzw. PAL = philippinische Luftfahrtsgesellschaft, die sich im Besitz des Tycoons Lucio Tan befindet

PALEA = gewerkschaftlicher Zusammenschluss der PAL-Angestellten

NDFP = Nationaldemokratische Befreiungsfront der Philippinen, die unter der Führung der Kommunistischen Partei der Philippinen steht

GPH = Regierung der Philippinen

ECOP = Employers Confederation of the Philippines, philippinischer Arbeitgeberverband

AmCham = American Chamber of Commerce, amerikanische Handelskammer

Regional Wage Boards bzw. RWB = regionale Lohnbehörden

ECOLA = emergency cost of living allowance bzw. Arbeiter-Notlagenunterstützung

Department of Labor und Employment bzw. DoLE = Ministerium für Arbeit und Beschäftigung

Assumption of jurisdiction bzw. AJ = wörtlich Übernahme der Gerichtszuständigkeit, gemeint ist damit die Möglichkeit zu Anordnungen des Ministeriums für Arbeit und Beschäftigung, mit denen z.B. Streiks verboten werden können

OPL bzw. Oplan Bantay Laya (ein schönfärberisch als Operation Freiheitswache bezeichnetes Aufstandsbekämpfungsprogramm)

Oplan Baynihan, Nachfolgeprogramm des OPL, im Kern das gleiche Aufstandsbekämpfungsprogramm wie unter der Arroyo-Regierung, aber mit raffinierten Phrasen getarnt, was schon bei dem Namen Baynihan = Nachbarschaftshilfe anfängt

SLEX bzw. NLEX = Südluzon- bzw. Nordluzonautobahn

Ibon – (unabhängige, fortschrittliche Forschungsgesellschaft)

EILER = Ecumenical Institute for Labor and Education Research bzw. Ökumenisches Institut für Arbeit und Bildungsforschung, ein der Arbeiter- und Volksbewegung eng verbundenes fortschrittliches Institut

Riles (loses Netzwerk von Pendlern, Arbeitern und Studenten, die gegen die Fahrpreiserhöhung bei der Metro und der Lightrailway und die Privatisierung der Zugsysteme opponieren)

→ **Währungsrelation pPH zu € (am 22.05.2011 entsprach 1 Peso 0,01637 Euro, 125 Pesos entsprachen 2,04609 Euros bzw. 2,90 US Dollar)**

Die Bilder stammen von der KMU bzw. der Bulatlat-Homepage. Bulatlat ist ein fortschrittliches Enthüllungsjournalismus-Wochen-Magazin.

31.05.2011

Nach Angaben, die die Sozialwetterstation (SWS) kürzlich herausgegeben hat, hat **11,3 Millionen Philippinos keine Arbeit**. Darin enthalten sind solche, die gekündigt haben oder entlassen worden sind und solche, die zum ersten Mal nach Arbeit suchen. Leandro „Doods“ Gerodias, stellvertreter KMU Generalsekretär, kommentiert das u.a. mit den Worten: dass zeigt, dass die Aquino-Regierung keine allseitige Politik zur Schaffung von Arbeitsplätzen macht, und dass die Regierung die Arbeiter nicht davor schützen kann, ihre Arbeit zu verlieren. Sie ist so prokapitalistisch, dass sie nicht einmal die Kapitalisten stoppt, wenn diese einseitig eine Produktionsstilllegung verkünden, bei der sie bestehende Gesetze missachten. Die Arbeiter wissen, dass viele Betriebe sich bei einer Betriebsstilllegung auf eine Zahlungsunfähigkeit berufen, aber tatsächlich die Produktion an einem anderen Ort mit Vertragsarbeitern wieder hochziehen. Bis jetzt hat die Regierung deswegen keinen Kapitalist bestraft. Die KMU führt dazu das Beispiel der Mustad-Fabrik an (siehe dazu die Zusammenstellung aus dem Vormonat). Wegen der raschen und illegalen Schließung, können die Mustad-Arbeiter nichts anderes annehmen, als dass das Management plant, mit der Produktion an einen anderen Ort zu wechseln,

Kontraktarbeiter anzustellen und die regulären und gewerkschaftlichen organisierten Beschäftigten wegzuerwerfen. Das Management begründet die Schließung der Produktion mit Zahlungsunfähigkeit, obwohl die Arbeiter wissen, dass die Produktion in den letzten Jahren ständig gestiegen ist. Diese Sache ist ein Ergebnis der totalen pro-kapitalistischen Aquino-Politik, die Produktion attraktiv zu machen bei Missachtung der Arbeiterrechte. Dies hat nicht nur zu einer größeren Arbeitslosigkeit geführt, sondern auch zu Angriffen auf die Rechte der Arbeiter, Gewerkschaften zu gründen und auf die Arbeitssicherheit, so Gerordias.



Bild: Mustad-

Beschäftigte kämpfen um ihre Arbeitsplätze

03.06.2011

Die KMU führte heute eine Protestaktion vor dem Arbeitsministerium in Intramuros, Manila durch – 3 Tage vor der Wiederaufnahme des Schulbeginns und einen Monat nach den 22 Pesos COLA. Wir sind wieder vor dem Büro des DOLE, weil wir den Anstieg der Schulgebühren und der Preise für die Schulmaterialien erleben und wir sind wütend über die mickrigen 22 Pesos COLA. Der Anstieg der Schulkosten unterstreicht wie mickrig diese Erhöhung ist, insbesondere im Angesicht der ununterbrochenen ansteigenden Preise für Grundgüter und Dienstleistungen, so Roy Velez, Vorsitzender der KMU für die Hauptstadtregion. In derselben Weise wie die Regierung unfähig ist, die Ölpreise und die Preise von anderen Grundgütern und Dienstleistungen zu kontrollieren, so ist sie auch unfähig den Anstieg der Schulgebühren und der Preise für Schulmaterialien zu kontrollieren. Daten der Kommission für höhere Bildung offenbaren, dass die 324 Kollegs und Universitäten im ganzen Land, wovon sich 69 in der Hauptstadtregion befinden, ihre Gebühren in diesem Jahr angehoben haben. Der durchschnittliche landesweite Anstieg der Schulgebühren liegt in diesem Jahr bei 14,37%, in Metro



Manila bei 7,38%.

Die Wiederaufnahme des

Unterrichts in diesem Jahr macht uns Arbeitern immer klarer wie nötig eine signifikante Lohnerhöhung ist – und nicht eine magere COLA, die von der Regierung eingeführt wird, um den Eindruck zu erwecken, die Regierung tue etwas für die Arbeiter. Nachdem sie die Kapitalisten damit beglückt hat, die Ölpreise nicht zu kontrollieren und uns eine magere COLA zu gewähren, beglückt die Regierung die Kapitalisten im Bildungssektor damit, die Bildungsgebühren nicht zu kontrollieren. Die Aquino-Regierung stellt die Armut und das Leiden der philippinischen Arbeiter und des Volkes dadurch her, in dem sie vollständig den Interessen der Kapitalisten dient. Die Arbeiter warfen Farbbeutel auf eine Tafel, auf der Noynoy's Rezept für die Verschlechterung der Bedingungen der Arbeiter und des Volkes geschrieben stand und verbrannten sie danach als Symbol ihrer Entrüstung und des Kampfes gegen arbeiter- und volksfeindliche Regierungspolitik.

05.06.2011

Der Rahmen der Geburtenkontrolle, in den die Aquino-Regierung das Fortpflanzungsgesundheitsgesetz gedrückt hat, ist sehr gefährlich für arme Frauen inklusive Arbeiterfrauen. Mit dieser Stellungnahme schaltet sich die KFU in die laufende **Debatte um das kontroverse Schwangerschaftsgesundheitsgesetz** im Repräsentantenhaus ein und sagt, dass die Regierung die Forderung der Arbeiterfrauen nach einer umfassenden Schwangerschaftsgesundheitsvorsorge als Geisel für sein Anti-Armutwirtschaftsprogramm benutzt.

Wenn der Rahmen der Regierung darin besteht, eine umfassende Schwangerschaftsgesundheitsvorsorge für Frauen zu gewährleisten, dann werden Arbeiterfrauen aufgeklärt und bekommen Auswahlmöglichkeiten und Dienstleistungen. Wenn der Rahmen der Regierung darin besteht, die Geburten zu kontrollieren, so wie es zurzeit ist, werden Arbeiterfrauen immer dazu gezwungen werden, Empfängnisverhütungsmittel zu benutzen, so Nenita Gonzaga. Eine Bevölkerungskontrolle dient der Profitgier der Pharmazieunternehmen und der Aquino-Regierung, um Arbeiterfrauen und arme Frauen allgemein zu benachteiligen. Es löst nicht das Problem der Armut, aber es weitet die staatlichen und betrieblichen Kontrollmöglichkeiten über die Körper der Frauen aus, mit der Illusion, die Armutproblematik zu lösen.

Die KFU nimmt Bezug auf den Plan der Regierung „Philippinen Entwicklungsplan 2011-2016“, zum Beispiel das Kapitel 8 mit dem Titel „Soziale Entwicklung“ und dessen Abschnitt „Politik und Strategien“. Dort heißt es unter der Überschrift „Bevölkerung“, dass der „Direktplan für die Bevölkerung 2011-2016“ die Herausforderung zur Abschaffung der Armut annimmt und sich dies auf die Fruchtbarkeit und Elternwünsche auswirken wird. Derselbe Abschnitt enthält die Passage „Eine nationale Politik zur Schwangerschaftsgesundheit, verantwortliche Elternschaft und Bevölkerungsentwicklung“ als Teil der Gesetzesagenda der Regierung.



Wir wollen nicht durch die hoch klingenden Phrasen der Regierung betrogen werden, mit denen sie plant die Forderungen der Arbeiterfrauen nach einer umfassenden Schwangerschaftsgesundheitsvorsorge als Geisel für die Entwicklung einer fundamentalistischen volks- und frauenfeindlichen Politik zu benutzen. Wir fordern die Rücknahme der Bevölkerungskontrollbestimmungen aus dem vorliegenden Schwangerschaftsgesundheitsgesetz, aber wir sind nicht optimistisch, dass die Regierung unseren Ruf Folge leisten wird, so Gonzaga. Mit seiner Bevölkerungskontrolle führt das Aquino-Regime die lange Tradition fort, mit dem die Armen, insbesondere die armen Frauen für die Armut verantwortlich gemacht werden. Es sind nicht die Armen, die die Armut im Lande verursachen, sondern die extrem Reichen die für ihre selbstsüchtigen Interessen die Masse der Arbeiter ausbeuten und ein sozio-ökonomischen System erhalten, das ihnen erlaubt, so zu handeln.

05.06.2011

Die KFU kritisiert scharf den Plan der Aquino-Regierung zur **Beschaffung von Waffen vom amerikanischen Militär**. Sie verschuldet damit eine Intensivierung des Krieges gegen das Volk, anstatt soziale Dienstleistungen zu befördern und die Wurzeln der Rebellion im Land anzugehen. In den Nachrichten heißt es, dass der neuernannte philippinische Botschafter in den USA Schritte unternommen hat, für die Regierung Waffen einzukaufen. Es ist weiterhin fragwürdig, ob die Aquino-Regierung ihr Waffenarsenal ausbauen muss, um die philippinische Souveränität gegen China inmitten der Spannungen in dem Disput über die Spratly Insel-Gruppe zu behaupten (Anmerkung des Übersetzers: der Hintergrund für den Konflikt, an dem auch Vietnam, Brunei,

Malaysia beteiligt ist, besteht in der strategischen Lage des sog. Freiheits-Archipels an einer der weltweit wichtigsten Schifffahrtsrouten. Außerdem werden dort einige größere Erdöl- und Erdgasvorkommen vermutet, siehe dazu auch ausführliche Darstellung in Wikipedia). Was wie auch immer außer Frage steht, ist die Tatsache, dass sich die philippinische Regierung im Krieg mit der Nationaldemokratischen Front befindet und eine Intensivierung des Krieges mit ihr verschuldet, so Labog. Es scheint so, dass die Regierung Maßnahmen unternimmt, mit denen die laufenden Friedensgespräche zwischen der Regierung und der NDFP sabotiert werden. Sie weigert sich, politische Gefangene, unter ihnen solche, die direkt an den Gesprächen beteiligt sind, freizulassen und wiederholt repressive Maßnahmen des früheren Arroyo-Regimes gegen Aktivisten. Damit wirft sie Knüppel vor die Füße der NDFP. Die KMU kritisiert die Regierung Aquino dafür, dass sie Gelder für den Kauf von Waffen von den USA verteilt, während sie gleichzeitig Zuschüsse für Bildung, Gesundheitsvorsorge und andere soziale Dienstleistungen kürzt. Es ist ärgerlich zu sehen, wie Regierungsgelder statt in soziale Dienstleistungen zu fließen, die Regierung sich vorbereitet, den Krieg zu intensivieren. Dies ist ein Beweis, dass ihre Absicht nicht darin liegt, die Wurzeln der Rebellion im Land anzugehen, sondern Punkte in der Propaganda durch die Friedensgespräche zu erringen. Laut der Website der US Defense Security Cooperation Agency „leisten die Waffenverkäufe einen Beitrag zur Stärkung der amerikanischen Stellung im Handel, stützen hochqualifizierte Arbeitsplätze in der Verteidigungsindustrie und weiten ihre Produktionslinien für Schlüsselwaffensysteme aus“. Mit diesem Waffenkauf will die Aquino-Regierung wertvolle Regierungsgelder, die vom Volk erzeugt worden sind, nutzen – entgegen dem bleibenden Haushaltsdefizit, um die Plage zu bereichern, die als US-Militär-Industrieller Komplex bekannt ist und die US-Kriegsprofiteure.

Bild von einer Protestdemonstration gegen den Besuch des nuklearen US-Kriegsschiffes US Carl Vinson (mit diesem Kriegsschiff wurde der Leichnam von Osama Bin Laden am 2. Mai 2011 transportiert und im Meer versenkt) in Manila:



Was als Bewegung erscheint, die philippinische Souveränität gegen China zu verteidigen, ist in Wahrheit ein schamloser Akt eines Marionettentheaters für die USA.

06.06.2011

Die KMU verurteilt die **Wiederbelebung erfundener Anzeigen gegen 72 Aktivisten aus der Süd-Tagalog-Region** durch das Gericht in Laguna, die vor 3 Jahren vom Oriental Mindoro Gericht verworfen worden sind. Die Aktivisten, unter ihnen der KMU Rechtsberater Anwalt Remigio Saladero Junior, erhielten Anzeigen wegen mehrfachen Mordes in einem Anschlag, den die NPA gegen Polizeibeamte in Calapan Stadt, Mindoro Oriental am 3. März 2006 angeblich durchgeführt haben soll. Die Einreichung bzw. Wiedereinreichung dieser erfundenen Anklagen gegen die sog. ST 72 trotz den Gründen und dem gesunden Menschenverstand.

Bild: Einige Betroffene der gefälschten Anklagen:



Das Ziel davon besteht darin, sie in dieser nackten

Arroganz zu schikanieren. Die Wiederbelebung dieser aufgrund mangelnder Beweise niedergeschlagenen Anklagen zeigt wie das Militär und die Regierung die Gerichte leicht benutzen können, um Menschen zu schikanieren, die für die Rechte der Armen kämpfen, so Labog. Die Aquino-Regierung weicht in ihrer Politik nicht wesentlich von dem früheren Arroyo-Regime ab – das ist nun weitgehend erkannt. Die Wiederbelebung der Anklagen gegen die ST 72 entfacht die Wut der philippinischen Arbeiter und des Volkes gegen das Aquino-Regime noch mehr weil sie zeigt, dass diese gewillt ist, die schlimmsten Schritte des Arroyo-Regimes fortzusetzen. Sie ist auch ein weiterer Indikator, dass die Regierung die laufenden Friedensgespräche der Regierung mit der NDFP sabotiert und sich darauf vorbereitet, den Krieg zu intensivieren.

07.06.2011

Die 22%ige Profitsteigerung zeigt, dass die Kapitalisten eine wesentliche Lohnerhöhung verkräften können. Mit dieser Stellungnahme nimmt die KMU Bezug auf die Bekanntgabe der philippinischen Börse, wonach das gesamte Nettoeinkommen der dort registrierten Unternehmen um 22% von 360,63 Milliarden Pesos im Vorjahr auf 440,72 Milliarden Pesos im Jahr 2010 gestiegen ist. Auch wenn wir feststellen, dass die 22 Pesos COLA einer 5% Lohnsteigerung der Arbeiterlöhne in Metro Manila entsprechen, so ist das sehr mager im Vergleich mit der 22%igen Profitsteigerung der Kapitalisten, so Roger Soluta. Eine 5%ige Lohnerhöhung bei den Arbeitern befriedigt nicht einmal die Grundbedürfnisse der Arbeiterfamilien, während die 22%ige Steigerung bei den kapitalistischen Profiten den im Überfluss lebenden Lebensstil der größten Kapitalisten im Land stärkt.

08.06.2011

Anlässlich des **10. Jahrestages des Stromenergieindustriereformgesetzes (Electric Power Industry Power Act, kurz EPIRA)** erneuert die KMU ihren Ruf nach Abschaffung dieses Gesetzes. Die Dekade seiner Einführung zeigt, dass die Privatisierung und Deregulierung von grundlegenden öffentlichen Versorgungseinrichtungen und Dienstleistungen ein Fehlschlag für die philippinischen Arbeiter und das Volk sind. Inmitten massiver Proteste verschiedener Organisationen wurde EPIRA am 8. Juni 2001 durch die Arroyo-Regierung auf die Bahn gebracht und unterzeichnet. Das Gesetz beschleunigte die Privatisierung und Deregulierung aller Stromenergieindustriesektoren: der Erzeugung, Übertragung und Verteilung, so Roger Soluta. 2001 sagten die Befürworter von EPIRA, dass die Strompreise durch das Gesetz sinken würden, aber 10 Jahre später sind sie die höchsten in Asien. Sie stiegen von 4,87 Pesos pro Kilowattstunde im Jahr 2000 auf 10,35 Pesos pro kWh im Jahr 2010. Es wurde eine Stabilisierung in der Stromversorgung versprochen, aber 10 Jahre später hält die Instabilität an. Es wurde versprochen, das Problem der Schuldenlast von Napocor (National Power Corporation bzw. nationale Stromgesellschaft) in Höhe von 834,29 Milliarden Pesos zu lösen, aber auch 10 Jahren gibt es noch 713,64 Milliarden Pesos Schulden. EPIRA hat nur großen Gesellschaften, die sich im Besitz der großen Kapitalisten wie den Cojuangos, den Lopez, den Aboitizes und Pangilan befinden, befriedigt, während es der Öffentlichkeit die hohen Kosten der Elektrizität aufgelastet hat. Unter EPIRA zahlen die Verbraucher nicht nur den aktuellen Stromverbrauch, sondern auch die Produktionskosten der privaten Gesellschaften. Auch die Produktionskosten, die von diesen Gesellschaften bezahlt werden wie die Konzessionssteuer, die Energiesteuer und Mehrwertsteuer werden an die Verbraucher weitergegeben. Die Öffentlichkeit bezahlt auch die Schulden von Napocor mittels der allgemeinen Abbuchung. Das zentrale wirtschaftliche Programm von Aquino III, das Public-Private-Partnership-Programm (PPP-Programm) wird das Land mit zahllosen EPIRA's in verschiedenen Feldern der Ökonomie „beglücken“. 10 Jahre EPIRA haben gezeigt, dass grundlegende Versorgungseinrichtungen und Dienstleistungen nicht privatisiert werden dürfen. Wir fordern nicht nur die Abschaffung von EPIRA, sondern von allen Privatisierungsmaßnahmen der Regierung, insbesondere dem PPP-Programm. Der Stromsektor wie auch andere strategische Sektoren der Wirtschaft müssen alle nationalisiert

werden.

08.06.2011

Die KMU veröffentlicht einen **Brief der Mustad-Beschäftigten an die Arbeiter in den Philippinen und auf der ganzen Welt und an alle, die angeln sowie die Bevölkerung**



Picket Protest in Quezon-City

Darin heißt es u.a.:

Wir sind die legitimierte Arbeiter der Mustad Terminal Tackle Philippines Inc.. Unsere Gewerkschaft der Basisbeschäftigten besteht aus 120 Mitgliedern. Unser täglicher Lohndurchschnitt liegt bei 464,34 Pesos bzw. 10,26 US Dollar. Wir sind bei Mustad zwischen 15-24 Jahre beschäftigt. Am 24. Mai 2011 um 10.15 Uhr morgens wurden drei Repräsentanten von unserer Gewerkschaft vom Management vorgeladen. In der Gegenwart von Rechtsanwälten des Managements, Aufsichtspersonal, vertraulichen Arbeitgebern und drei Repräsentanten der monatlichen Basisbeschäftigten-Gewerkschaft, gab das Management bekannt, dass es an diesem Tag die Fabrik schließen wird. Sie sagten uns, dass wir alles einstellen sollten und instruierten uns sogleich, dass wir die Produktion im Eiltempo durchführen sollten, weil wir an diesem Tag noch eine Verladung hatten. Das Management hatte die Schließung beim DoLE nicht angekündigt. Um das Gesetz zu umgehen und dies zu vertuschen (Nichteinhaltung des Durchführungsprozesses) hatten sie schon ein 30-Tag-Lohn Angebot, für das wir nicht arbeiten mussten, vorbereitet. Ohne Vorwarnung bekamen wir einen Schlag ins Kontor und wurden in eine sehr komplizierte Situation gestellt. Sie würden unsere letzte Gehaltsabrechnung freigeben. Wir müssten nur die Schließungsnotiz akzeptieren und unterzeichnen, auf Abfindungszahlungen, 13. Monatsgehalt und die Hälfte der Krankheits- und Urlaubstage verzichten. Wegen des Schocks, der Verwirrung und Schwierigkeit und der Angst, die unsere Kollegen fühlten, wurden sie gezwungen, das Angebot zu akzeptieren, auch wenn es gegen ihren Willen war. Von den 169 Beschäftigten der Mustad-Fabrik (neun von ihnen sind Aufsichtskräfte, 32 monatliche Basisbeschäftigte und 120 tägliche Basisbeschäftigte) akzeptierten 102 die Abfindungszahlung. 60 von uns von den Tagesbeschäftigten und drei der Monatsbeschäftigten sind geblieben und führen den Kampf für Löhne, Arbeitsplätze und unsere Rechte weiter....Mustad hat die Weltproduktion von Angelhaken und Angelzubehör seit 1980 monopolisiert. Entgegen diesem Ergebnis, dass durch die Arbeit von uns Arbeitern, die diese Qualitäts- und teuren Produkte geschaffen haben, die die multinationale Gesellschaft reich und stark gemacht haben, haben sie uns Arbeitern dies angetan. Aus diesem Grund rufen wir Euch auf, uns zu unterstützen. Boykottiert alle Produkte von Mustad, solange sie uns dies antun. Wir hoffen auf Eure herzliche und positive Antwort, weil dieser Kampf nicht unser Kampf ist, sondern ein Kampf für die ganze Arbeiterklasse gegen dieses unterdrückerische System. Danke schön und ein langes Leben für alle. MTTTWEA-ADLO-KMU (Mustad TTP Workers and Employers Association – Association of Democratic Labor Organization – Kilusang Mayo Uno)

10.06.2011

Die Arbeiter rufen den **Obersten Gerichtshof (Supreme Court, SC)** dazu auf, die **Kontroverse zwischen den Hazienda Luisita-Bauern und der Familie von Präsident Aquino III**, die seit 5 Jahren andauert, durch eine

Bild: Aktion von Bauern vor dem Obersten Gerichtshof



Entscheidung zugunsten der Bauern zu beenden.

Wenn der Oberste Gerichtshof wirklich eine unabhängige Institution sein will, die gerecht und fair diesen Fall verhandelt, so gibt es keinen Grund, diesen nicht endgültig zugunsten der Farmer zu entscheiden, so Labog. Der Agrar-Disput dauert nicht erst seit 5 Jahren, sondern bereits seit Dekaden. Die Wartezeit auf den Erlass einer Entscheidung des SC's. der s deckt sich mit der Inkraftsetzung des republikanischen Gesetzes Nr. 6657 bzw. der umfassenden Agrarreformgesetzgebung (Comprehensive Agrar Reform Law, CARL) vom 7. Juni 1988 unter der früheren Präsidentin Corazon Aquino. Wir erwarten die Entscheidung des SC in der Zeit des 23. Jahrestages dieser Anti-Bauern-Gesetzgebung CARL. 23 Jahre nach dem Erlass von CARL kämpfen die Luisita Bauern und das philippinische Volk weiterhin für ein Stück Land, was ihnen rechtlich zusteht. Das CARP verhindert die Luisita Bauern ebenso wie die Bauern im ganzen Land vor dem Besitz von Land, die Früchte ihrer Arbeit zu ernten und sich von der Herrschaft der Großgrundbesitzer zu befreien.

10.06.2011

Die KMU kritisiert den **Vorstoß des Senatspräsident Juan Ponce Enrile, der die Verfassung so verändern will**, dass die Einschränkungen für Beteiligungen ausländischer Unternehmen von 1987 entfallen – mit der Begründung, dass dadurch die chronische Arbeitslosigkeit und Armut im Land nicht lösen könne. Enrile gab bekannt, dass er Gespräche mit dem Belmonte durchgeführt hat, bei denen festgestellt wurde, dass „die ausländische Beteiligung im Investitionsklima des Landes ausgeweitet werden soll“, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen und das Problem der Armut zu lösen. Wenn man das tut, trägt man die Schuld für die chronische Arbeitslosigkeit und die Armut im Land. Anstatt die Landwirtschaft und Industrie im Land zu entwickeln, haben die Regierungen sukzessive ausländische Kapitalisten darum gebeten, im Land zu investieren, so Labog. Die KMU hat kein Vertrauen in die Worte der Politiker, dass sie die Verfassung von 1987 zum Besseren verändern wollen. Wir leisten Widerstand gegen die Bemühungen zur Verfassungsänderung durch eine Regierung, die von Großgrundbesitzern und großen Kapitalisten dominiert ist und die davon besessen ist, dass Land noch attraktiver für ausländische Investoren zu machen. Die Aquino-Regierung wird die Verfassung für die philippinischen Arbeiter und das Volk verschlechtern und für die Elite und die ausländischen Investoren verbessern. Das Land für ausländische Investoren attraktiv zu machen ist der beschönigende Satz, mit dem die Regierungen sich mit den Diktaten der großen Kapitalisten in der Welt und den internationalen Finanzinstitutionen einverstanden erklärten. Er wird dazu benutzt, um die Herunterpressung der Löhne, die Angriff auf die Arbeitssicherheit und der Unterdrückung der Arbeiterrechte zu rechtfertigen.

11.06.2011

Die Aquino-Regierung feiert den **Unabhängigkeitstag** und zeigt dabei ihre koloniale Unterwürfigkeit gegenüber den USA in der Angelegenheit der Spratly-Inselgruppe. Aquino erinnert das Volk an Emilio Aguinaldo, der die Unabhängigkeit erklärte während die kommende Kolonisierung durch die USA willkommen heißt, so Labog. Die Regierung spricht hart mit China, um eine größere US-Militärpräsenz im Land zu rechtfertigen. Die Regierung teilt Kriegstreiberei-Stellungnahmen gegen China aus und bittet die USA in der Angelegenheit zu intervenieren, indem sie bei ihr Waffen kauft und um eine Ausweitung der Militärpräsenz im Land ersucht. Sie feiert die Unabhängigkeit während sie nichts anderes als eine koloniale Unterwürfigkeit gegenüber den geopolitischen Interessen in diesem Teil der Welt zeigt. Man braucht kein Genie dafür zu sein, das die USA China militärisch bedroht – durch ihre Politik des wirtschaftlichen Engagements und der militärischen Eindämmung. Die USA und China mögen wirtschaftliche Partner sein, aber die USA sieht China auch als möglichen militärischen Rivalen.



Präsident Aquino erinnert die philippinischen Arbeiter und das Volk an Emilio Aguinaldo, der die „Unabhängigkeit“ proklamierte, in dem er gleichzeitig die Kolonialisierung durch die USA willkommen hieß. In der „Philippinischen Unabhängigkeitserklärung“ vom 12.06.1898, die von Aguinaldo vorgelesen wurde, wird festgestellt, dass das Land unter dem Schutz der mächtigen und menschenfreundlichen Nation, den USA stehe und im selben Satz wird Gott als Zeuge angerufen. Aguinaldo und Aquino zeigen den philippinischen Arbeitern und dem Volk, welche Art von Unabhängigkeit das Land unter der Präsidentschaft eines kolonialen Hazienders haben kann: einen Schwindel, frei nur um den USA zu dienen. Aguinaldo hieß die Kolonialisierung durch die USA willkommen, während Aquino die neokoloniale Kontrolle der USA über das Land verstärkt, wie an den Handlungen zu der Spratly-Angelegenheit sehen kann. Als die USA die Kolonisierung der Philippinen vor dem amerikanischen Volk rechtfertigte, tat sie das mit Bezug auf die Worte von US-Senator Albert J. Beveridge von den „grenzenlosen Märkten“ Chinas. Jetzt rechtfertigen die USA und die Aquino-Regierung die Anhäufung des US-Militärs im Land mit angeblichen militärischen Bedrohungen durch China.

13.06.2011

Die KMU erklärt ihre **Solidarität mit dem Kampf der Philippinischen Luftfahrtgesellschaft-Arbeitern (PAL)** zur



Verteidigung ihrer Arbeitsplätze.

Sie werden in den Streik eintreten, falls PAL Kontraktarbeiter von der Firma Macro Asia anheuern sollte, um verschiedene Stellen, die aufgrund von Kündigungen frei geworden sind, wieder zu besetzen, was das Management vor nicht allzu langer Zeit bekannt gegeben hat. Mit diesem Schritt soll die Arbeitergewerkschaft bei PAL geschwächt werden. Es ist klar, dass der Geschäftstycoon Lucio Tan jede Gelegenheit ergreifen wird, um die Kosten zu reduzieren und noch höhere Profite durch die Kontraktarbeit einzufahren, so Labog. Die Aquino-Regierung unterstützt diese arbeiterfeindliche Maßnahme. Wir verurteilen das Einverständnis der Regierung mit den Schritten von Lucio Tan zur Ersetzung der PAL-Arbeiter durch Kontraktarbeit und zur Zerstörung einer der ältesten Gewerkschaften im Land. Wir bezweifeln, dass die Führung von PALEA die Drohung mit dem Streik wahr macht. Während die PAL-Arbeiter wiederholt gezeigt haben, dass sie bereit zu streiken, hat die Führung von PALEA nur Streikdrohungen ausgesprochen, ohne dass sie den Streik begonnen hätte. Die Entschlossenheit von Lucio Tan, Kontraktarbeit einzuführen und die schamlose Komplizenschaft der Regierung mit Lucio Tan lässt den Arbeitern keine andere Möglichkeit als mit dem Streik zu beginnen. Wir werden die PAL-Arbeiter in jeder Weise dabei unterstützen.

13.06.2011

Die KMU kritisiert die **Job-Gelegenheiten-Angebote der Regierung**, die sie am gestrigen Unabhängigkeitstag verkündete als Fehlschlag. Damit wird keine nennenswerte Zahl von Jobs für die Bewerber angeboten. Selbst DOLE, dass nur 10% der beabsichtigten Zahl von Arbeitsplatzbewerbern voraussichtlich eine solche Arbeitsgelegenheit bekommen werden, so Labog. Die Entschuldigung der Regierung, dass die Jobs nicht mit

den Kompetenzen der Bewerber zusammenpassen, ist schon eine altbekannte Leier. Die Anerkennung des chronischen Mangels an anständigen Arbeitsplätzen im Land und dies als Schuld den Bewerbern zuzuschreiben, ist ein Trugbild. Entgegen den wiederholten Angeboten für Arbeitsgelegenheiten, steigt die Zahl der arbeitslosen Philippinos weiter um 27,2%, von 9,9 Millionen im November 2010 auf 11,3 Millionen im März 2011. Das ist Grund genug zu sagen, dass die Arbeitsgelegenheiten keine Lösung für das Problem der Arbeitslosigkeit ist. In Interviews haben uns viele Bewerber gesagt, dass die meisten Angebote für Arbeitsgelegenheiten, die am Unabhängigkeitsjahrestag gemacht wurden, Agenturanheuerungen und Auftragsarbeiten für Konstrukteursarbeiten sind. Nur die wenigsten werden direkt angestellt. Die Arbeitsgelegenheiten können die Tatsache nicht verbergen, dass die Regierung damit gescheitert ist, anständige Beschäftigungsmöglichkeiten für das philippinische Volk in der Agrarindustrie und Industrie zu schaffen.

14.06.2011

Die philippinischen Arbeiter und das Volk sind glücklich darüber, dass sich **Manny Pacquiao** auf ihre Seite



gestellt hat und bereit ist, Krach zu machen für eine signifikante Lohnerhöhung, so Labog. Jahr für Jahr wird den philippinischen Arbeitern und dem Volk eine tatsächliche Lohnerhöhung vorenthalten. Manny schließt sich uns an, 2 Tage vor dem „Nationalen Tag der Arbeiter zur Verurteilung des mickrigen COLA“ am 16. Juni. Wir rufen die philippinischen Arbeiter und das Volk auf: führt Proteste in euren Betrieben und Gemeinden durch, verurteilt das mickrige COLA und fordert eine wirkliche Lohnerhöhung! Manny fügt seine Stimme den Arbeitern und dem armen Volk in der Forderung nach einer landesweiten gesetzlichen Lohnerhöhung um 125 Pesos hinzu. Mit seiner immensen Popularität verstärkt er unseren Schrei. Mit der Unterstützung unserer Forderung macht er einen großen Schritt im Kampf gegen die Armut, den er als seinen größten Kampf annimmt. Er zeigt seine Einheit mit den Arbeitern und den armen Menschen, die unter Hungerlöhnen, regionalisierten Löhnen, Kontraktarbeit, Hunger und Armut leiden. Er bleibt seinen Ursprüngen als armer Gelegenheitsarbeiter und Boxer von Sarangani treu. Als KMU sind wir auch glücklich, weil Manny lange Zeit das Idol unseres Ehrenvorsitzenden Ka Bel war, der wir philippinischen Arbeiter und das Volk immer seine Kämpfe anschauten und jubelte, wenn er seine Gegner besiegte. Wenn Ka Bel heute noch leben würde, würde er vor Freude in die Luft springen. Möge dies der Beginn einer langandauernden Partnerschaft im KO-Schlagen der Armut und für die Verbesserung für viele philippinische Arbeiter und das Volk werden. Herzlich willkommen zum Kampf der Arbeiter und des Volkes für eine tatsächliche Lohnerhöhung, Manny!

14.06.2011

In einer **Pressekonzferenz** gab Manny heute im nationalen Büro der KMU in Quezon City seine Unterstützung für eine signifikante Lohnerhöhung bekannt. Er lud ebenso jeden ein, sich am „**Nationalen Tag der Arbeiter für die Verurteilung der mickrigen COLA**“ am 16. Juni zu beteiligen. Arbeiter unter der Führung der KMU und der Anakpawis-Parteiliste begrüßten dies herzlich als eine bedeutsame Ergänzung im Kampf der Arbeiter für eine signifikante Lohnerhöhung. Die Unterstützung des 125-Peso-Gesetzes HB 375 wird dem landesweiten Kampf und der Kampagne für eine Lohnerhöhung einen großen Auftrieb geben. Wir benötigen mehr solcher Abgeordneter, die notwendige Maßnahmen, die der Mehrheit der Philippinos nützen, unterstützen, so Rafael Mariano, Repräsentant der Anakpawis-Parteiliste und Bauherr der HB 375.

15.06.2011

In ihrer Verzweiflung, die militärische Präsenz im Land und in der Region auszuweiten, drückt die USA die Philippinen in einen Krieg, während sie gleichzeitig ein Lippenbekenntnis zum Gebrauch diplomatischer Maßnahmen für die Lösung des **Konflikts um die Spratly-Inselgruppe** abgibt, so Roger Soluta. Mit dieser Stellungnahme reagiert die KMU auf das Statement des US-amerikanischen Botschafters Harry Thomas in den Philippinen, mit dem er mitten in den Spannungen mit China über die Spratlys die philippinische Regierung unterstützt und wiederholt, dass die USA und die Philippinen Vertragspartner seien. Warum gibt die philippinische Regierung Kriegsdrohungserklärungen von sich und warum zeigt die USA so begierig ihre Unterstützung des Landes im Falle eines Krieges, ohne das diplomatische Anstrengungen zur Lösung des Konflikts unternommen worden sind? Die USA zieht Nutzen aus den heftigen Stellungnahmen der philippinischen Regierung gegen China, um die Gunst der Bevölkerungsmeinung für die Herstellung von US-

Basen im Land zu erlangen. Die Regierung und die USA orchestrieren eine Irreführungskampagne, damit die Öffentlichkeit die amerikanischen Truppen als Helden in einem möglichen Krieg mit China umarmt. Hinter der Unterstützung der USA für einen Krieg gegen China stehen geostrategische Überlegungen. Die USA will ihre militärische Präsenz in der südostasiatischen Region ausweiten, um der wachsenden militärischen Stärke von China zu begegnen, die es als große Bedrohung betrachtet. Die Expansion der US-militärischen Präsenz in den Philippinen ist ein Schlüssel für diese geopolitischen Ziele. Die Geschichte hat gezeigt, dass die USA nicht davor zurückschreckt, einen Krieg zu führen, um ihre geopolitischen Interessen fortzuführen.



Mit der Strategie der USA, einen Krieg zu provozieren und dem beidseitigen Verteidigungsabkommen zwischen den USA und den Philippinen von 1951, mit dem jede Seite im Fall eines Angriffs zur gegenseitigen Unterstützung verpflichtet ist, wird der Weg für die Wiederverkehr und die Ausweitung der US Militärbasen im Land geebnet.

16.06.2011

Mit **Lärmprotesten** in Anda Circle und Paco in Manila am Morgen und in Novaliches in Quezon City, Sta. Mesa in Manila, Pasay Rotonda und Pasig am Nachmittag zeigen KMU geführte Proteste, dass der Kampf für eine substantielle Lohnerhöhung und die Verurteilung der COLA fortgeführt wird. Passanten wurden gebeten, eine Petition zur Unterstützung des 125-Peso-Gesetzes zu unterschreiben, und Protestierende trugen Boxhandschuhe mit Stickern zur Unterstützung des Gesetzes. Wir fordern die Politiker im Land auf, dem Beispiel von Manny Pacquiao zu folgen und die Arbeiterforderung für 125 Pesos zu unterstützen. Lasst uns dem Hunger und der Armut ein blaues Auge mit einem 1-2-5 Faustschlag verpassen, so Labog. Die Arbeiter benötigen die breiteste Unterstützung von allen Bereichen der Gesellschaft um eine umgehende Entlastung bei den fortlaufenden Preissteigerungen durch eine Lohnerhöhung zu erreichen. Wir werden unsere Proteste intensivieren, um den Druck auf den Kongress und Senat sowie den Präsident zu erhöhen, damit das 125-Peso-Gesetz in der kürzest möglichen Zeit verabschiedet wird.

16.06.2011

Die Inanspruchnahme eines **moderaten Falls der Arbeitslosigkeit im April** durch die Regierung kann die Tatsache nicht verbergen, dass das Beschäftigungsklima unter Aquino III trostlos bleibt. Mit diesen Worten reagiert Labog auf die kürzlich bekanntgegebene Studie der Nationalen Statistikbehörde (NSO), dass die Arbeitslosenrate auf 7,2% im Vergleich zu 7,4% im Vorquartal und 8% im April 2010 gefallen ist. Angenommen diesen Daten sind korrekt, so sind die Veränderungen bei der Beschäftigungssituation noch minimal und zeigen eine grundlegend unveränderte Beschäftigungssituation. Das Beschäftigungsklima bleibt düster, weil die Aquino-Regierung nicht abgekehrt ist von der Freien-Markt-zentrierten Politik der vorangegangenen Regierungen, die Industrie und Landwirtschaft im Land nicht entwickelt und die Bitte an ausländische Investoren, ins Land zu kommen, fortgesetzt hat. Die KMU beleuchtet den **Anstieg der Unterbeschäftigungsrate** von 17,8% im letzten Jahr auf 19,4% im April dieses Jahres. Das zeigt einen Anstieg bei den Leuten, die zusätzliche Arbeit benötigen. Wegen den mageren Löhnen, keiner Arbeitsplatzsicherheit und Null-Rechten, versuchen viele Arbeiter andere oder zusätzliche Arbeit zu finden. Nach Angaben der NSO arbeiten 51,7% der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich, 33,0% in der Landwirtschaft und 15,3% im industriellen Sektor. Nur eine volksfreundliche Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft im Land kann anständige Beschäftigung für die Philippinos auf einem zukunftsfähigen Weg schaffen. Von einer solchen Entwicklung sind die Gedanken der Aquino-Regierung weit entfernt.

17.06.2011

Zwei Wochen bevor Aquino seinen 1. Jahr im Amt begehrt, verurteilt die KMU das Scheitern des Präsidenten,

die politischen Gefangenen im Land bedingungslos freizulassen, die Menschenrechtsverletzungen seiner Vorgängerregierungen zu korrigieren und dass er neue Verletzungen hinzufügt. Nach fast 365 Tagen im Amt, sind **weiterhin 335 politische Gefangene im ganzen Land im Gefängnis**. Nach fast 1 Jahr ist Aquino damit gescheitert, eine Anordnung für die Freilassung der Menschen zu erlassen, die wegen ihrer politischen Überzeugung durch gefälschte Anschuldigungen im Gefängnis gehalten werden, so Labog. Die bedingungslose Freilassung aller politischen Häftlinge wäre ein Zeichen des guten Willens auf Seiten der Regierung bei den anhaltenden Friedensverhandlungen mit der NDFP. Für die 18 Offiziellen und Mitarbeiter wäre es sogar mehr als ein Zeichen des guten Willens, sondern eine Notwendigkeit für die Fortführung der Friedensverhandlungen.

17.06.2011

Das ist eine große Lüge. Mit diesen Worten reagiert Roger Soluta auf die Stellungnahme des Vorsitzenden des präsidentialen Kommunikationsentwicklungs- und Strategischen Planungsbüros, Ramon Carandang, worin dieser behauptet, Aquino habe keine Eile bei der Entscheidung über die **Beisetzung des Diktators Marcos** auf dem



Heldenfriedhof. Die Stellungnahme bedeutet nur, dass er eine günstigere Gelegenheit abwartet für das Heldenbegräbnis des früheren Diktators und Ausbeuters. Was wir brauchen ist ein „Nein“ des Präsidenten, insbesondere da die Empfehlung für dieses Begräbnis durch den Vizepräsident Binay noch zur Entscheidung ansteht. Dieser schlug vor, Marcos in seiner Heimatstadt Ilocos Norte mit vollen militärischen Ehren zu bestatten. Das traf auf Kritik von verschiedenen Lagern. Noynoy, der nie vergisst uns daran zu erinnern, dass er der Sohn von Corazon und Ninoy ist, erkennt nicht die volle Tragweite der Verbrechen gegen die philippinischen Arbeiter und das Volk durch die US-gestützte Marcos-Diktatur. Schlimmer noch, er ist bereit, große Prinzipien für beschränkte politische Aktivitäten zu opfern – im Sinne für die politische Stabilität der Marcos-Diktatur.

21.06.2011

Die Aquino-Regierung sollte alarmiert sein. Es wird nicht mehr lange dauern, bis sie die Unzufriedenheit und Ablehnung der Arbeiter und des Volkes über ihre volksfeindliche Politik zu spüren bekommt, so Roger Soluta. Mit diesen Worten reagiert die KMU auf **das Herunterspielen des Sinkens der Zufriedenheitsrate über Präsident Aquino**, die gestern von der sozialen Wetterstation bekanntgegeben worden ist. Seit November 2010 ist diese kontinuierlich gefallen – ein klarer Beweis für die Unzufriedenheit der Arbeiter und des Volkes über die volksfeindliche Politik. Von November 2010 64% und März 2011 51% fiel sie auf 46% im Juni 2011. Nicht einmal die Anordnung an seine Kommunikationsgruppe vom März 2011, die Ziele seiner Regierung aggressiver zu verkaufen, konnte was an dem Fall dieser Rate ändern. Dies ist eine Konsequenz daraus, dass er sich taub gegenüber den Forderungen für ökonomischen und sozialen Wandel stellt. Seine Regierung hat nur recycelte Programme vorangegangener Regierungen, mit denen sie prahlt, Programme, die nur die ökonomischen Bedingungen der philippinischen Arbeiter und des Volkes verschlechtert hat, sie z.B. die Public-Private-Partnership und die Arbeitskräfteexport-Politik. In den ärmsten Sektoren der Bevölkerung hat er nur 44% Zustimmung, dort wird die Unzufriedenheit zum Ausdruck gebracht. Seine Almosenmaßnahmen wie das Pantawid Pasada und die 22 Peso COLA sind nicht in der Lage, eine unverzügliche Entlastung für das Leiden unter den hohen Preisen für die Arbeiter und das Volk zu erbringen. Sein kapitalkräftiges bedingtes Barzahlungsübermittlungsprogramm (CCT) ist ebenso ein Fehlschlag, um den extremen Hunger und die Armut im Land zu beseitigen. Aquino sollte sich selbst gurten für den Ausbruch der wachsenden Empörung des Volkes.

23.06.2011

Die KMU kritisiert die **endgültige Entscheidung des Obersten Gerichtshofes (SC) vom 21. Juni 2011**, wonach der Geschäftstycoon und Onkel des Präsidenten Aquino, Eduardo „Danding“ Cojuango, seinen **20%igen Anteil**



an der San Miguel Gesellschaft rechtsgültig erworben habe. Dabei wurde die Anforderung der Präsidentenkommission an eine gute Regierung weggetreten, weil die Anteile durch die Nutzung des Kokosnussabgabefonds erworben worden sind. Diese Entscheidung ist eine Ungerechtigkeit gegenüber dem philippinischen Volk und ein Glanzlicht dafür, dass das Kamag-anak, Inc. (auf Tagalog: Vetterleswirtschaft, der Übersetzer) unter der Aquino-Regierung am Leben ist, so Roger Soluta. Das ist eine Ungerechtigkeit nicht nur gegenüber den Kokosnussbauern und den Landwirtschaftsarbeitern, sondern auch gegenüber dem ganzen Volk. Sie duldet stillschweigend die Umleitung von öffentlichen Geldern aus dem Schweiß und Blut der arbeitenden Menschen an eine einzelne Person aus dem Geschäftsimperium, und der Betrug betrifft die ganze Sache. Die Entscheidung des SC's verweigert den kleinen Kokosnussbauern Gerechtigkeit, denen ihr Anteil des Produkts ihrer Arbeit geraubt wurde und dient den Interessen der Beklagten, die sich an den Früchten ihres Verbrechens erfreuen. Sie bringt die Korruption voran und verweigert Gerechtigkeit gegenüber den Armen – zu dem ist der Slogan der Regierung heruntergekommen (gemeint ist die Aussage von Aquino bei seinem Regierungsantritt, wonach er der Boss des Volkes sei, der Übersetzer). Die Entscheidung des SC's ist ein klarer Beweis, dass die Vetterleswirtschaft unter der Aquino-Regierung lebendig ist. Der Betrüger, der immense Vorteile unter der Marcos-Diktatur hatte, lacht erneut auf dem ganzen Weg zur Bank unter der neuen Regierung.

Die Entscheidung des SC's erinnert die philippinischen Arbeiter und das Volk an die sog. Kompromißvereinbarung, die in den ersten Monaten der Regierung Aquino III in der Hazienda Luisita raus geschlüpft ist. Beides ist ein Zeugnis dafür, wie die Aquinos die Regierung nutzen, um ihre ökonomischen Interessen auf Kosten der Bauern und Landwirtschaftsarbeiter, die sie seit Jahren leer saugen, hochzuhalten,

23.06.2011

Die KMJ begrüßt **das neueste Umfrageergebnis**, wonach 54% der Philippinos der Meinung sind, dass die Aquino-Regierung die Arbeiterlöhne erhöhen soll und 53% dafür sind, dass sie die Inflation kontrolliert. Dies zeigt, dass die Forderungen nach Lohnsteigerungen und Preiskontrollen sehr überzeugend

Elmer Labog, Manny Pacquiao und Rafael Mariano bei einer Pressekonferenz zur 125-Peso-Kampagne



sind. Die Umfrage von Pulse Asia (Asiatischer Pulsschlag) fand vom 21. Mai bis 4. Juni durch Auge-in-Auge Interviews statt und zeigte ebenso ein Absinken der Vertrauensrate zu Präsident Aquino III, so Labog. Der Präsident sollte aufhören damit, sich

Entschuldigungen für das Fallen der Zufriedenheitsrate zu erfinden und darauf hören, was ihm die philippinischen Arbeiter und das Volk rät, zu tun: die Löhne zu erhöhen und die Preiserhöhungen der Grundgüter und Dienstleistungen zu kontrollieren. Sie wollen hören, dass er einer wirklichen Lohnerhöhung und der Einführung von Preiskontrollen zustimmt. Sie wollen keine Propagandaanstrengungen, mit denen er die volksfeindlichen Schritte der Regierung schön redet. Es ist wie auch immer klar, dass für die Regierung „People Power“ (Volksmacht) kein Mantra für die Herrschaft ist, sondern bloß ein Kampagnenslogan, für den er einst gewählt wurde. Deshalb rufen wir die philippinischen Arbeiter und das Volk auf, ihre Anschauungen einer Macht abzuschätzen durch die Beteiligung an verschiedenen Protestformen, um eine signifikante Lohnerhöhung durchzusetzen, so der Repräsentant der Anakpawis-Parteiliste, Rafael V. Mariano.

24.06.2011

Arbeiter unter der Führung der KMU führten heute **eine Protestaktion vor dem regionalen Amtsgericht in San Pablo, Laguna** durch, mit der sie die Wiederbelebung der erfundenen Anklagen gegen den Rechtsberater der KMU, Rechtsanwalt Remigio Saladero Junior und 72 weitere Aktivisten aus der Region Süd Tagalog verurteilten. Diese Wiederbelebung ist ein Zeichen der fortgesetzten Schikanen gegen Aktivisten unter der Aquino-Regierung. Die Aktivisten sind gemeinsam bekannt als die „Süd Tagalog 72 bzw. ST 72“. Zuerst wurden sie mit Anklagen des mehrfachen Mordes und mehrfachen fehlgeschlagenen Morden 2008 in Calapan, Mindoro Oriental überzogen, Handlungen, die angeblich die Neue Volksarmee verübt habe. Dann hat die stellvertretende regionale Staatsanwältin Elnora Largo-Nombrado eine Vorladung vom 20.05.2011 gegen die 72 Aktivisten erlassen, mit der Aufforderung am 24.06.2011 vor dem regionalen Amtsgericht in San Pablo zu erscheinen und beidete Gegenaussagen zu den genannten Anklagepunkten zu machen. Wir verurteilen entschieden die verbissene schikanöse Kampagne mit Hilfe von erfundenen Anklagen gegen Rechtsanwalt Saladero und 71 unserer Kameraden. Die Regierung hat nicht das Recht, Aktivisten zu schikanieren, nur weil sie Aktivisten sind und für angeblich durch die NPA verübte Taten beschuldigt werden, so Lito Ustarez. Die Wiederbelebung der erfundenen Anklagen gegen ST 72 fordert zur Wachsamkeit auf, der Tatsache, dass sich die Menschenrechtssituation im Land unter der Aquino-Regierung nicht geändert hat. Das Amtsgericht in Calapan beanstandete die erste Reihe der Anklagen des Staatsanwaltes wegen lächerlicher Formalien. Der Fall, der in San Pablo, Laguna, angemeldet wurde, ist in ein Mysterienspiel für die ST 72 eingehüllt. Die Menschenrechtsverletzungen unter dem Arroyo-Regime dauern bis zu diesem Tag an, weil das Aquino-Regime lediglich das Aufstandsbekämpfungsprogramm Oplan Bantay Laya (Operation Freiheitswache) als Oplan Bayanihan (Operation Nachbarschaftshilfe) durch den Gebrauch von hochklingenden Phrasen aufpoliert hat. Es ist diese Art und Weise von unterdrückerischen und anklagenden Akten, die den Hass der philippinischen Arbeiter und des Volkes auf das Aquino-Regime entfachen. Auf dem Kurs wie das Aquino-Regime in den Bereich der Menschenrechte geht, wird es nicht lange dauern, bevor es ein Objekt derselben Feindschaft von den philippinischen Arbeitern und des Volkes wird.

24.06.2011

Die KMU nimmt scharf Stellung zur **Verleihung des Preises KAPATID (auf Tagalog: Geschwister der Industrie) an den Gewerkschaftsrechteverletzer Dole in den Philippinen (Dolfil) durch die Arbeitgebervereinigung ECOP**. Das ist ein schändlicher Leumund für einen Preis, der für „Spitzenleistung in industriellen Beziehungen“ und „soziale Verantwortung“ vergeben wird. Damit führt ECOP eine drastische Neudefinition dieser Prinzipien durch: Management bedeutet damit Übernahme einer authentischen Arbeitergewerkschaft, Militarisierung von Arbeitsplätze und eine Non-Stopp-Kampagne von Schikanen gegen kämpferische Gewerkschafter. Die Botschaft von ECOP ist klar: zerstört Gewerkschaften und verletzt Gewerkschaftsrechte und ihr gewinnt den



Kapatid Preis, so Roger Soluta.

Zur Erinnerung: im Februar 2010 berief das Dole Management eine illegale Generalversammlung ihrer Arbeitergewerkschaft ein, um die Führung der kämpferischen abzusetzen und Management unterstützte Führer zu ersetzen. Es führte eine Non-Stopp Kampagne von Schikanen gegen kämpferischen Gewerkschaftsführer durch und erlaubte dem Militär,

die kämpferische Arbeitergewerkschaft zu verteufeln und zu schikanieren. Ein Ausschuss, der sich aus der Arbeitsministerin Rosalinda Baldoz, Repräsentanten der ILO, des Makati-Geschäftsleute-Clubs (MBC), der Föderation freier Arbeiter (FFC) und der Universität der philippinischen Schule für Arbeits- und Industriebeziehungen (UP Solair) wählte die Preisempfänger von Kapatid aus. Präsident Aquino III verlieh am 5. Mai selbst diese Prämie. Präsident Aquino, Arbeitsministerin Baldoz, die ILO, der MBC, die FFC und die UP Solair sind bestenfalls schlecht informiert über den wirklichen Stand der Gewerkschafts- und Menschenrechtsverletzungen in der Dolefil. Schlimmstenfalls sind sie stillschweigend damit einverstanden und zeigen wie sie zu den Belangen der Gewerkschaftsrechten stehen. Die Einigkeit der Aquino-Regierung, großen kapitalistischen Gruppen, Imitationen von Arbeiterzentren und pro-kapitalistischen Institutionen, die behaupten sie wären arbeiterfreundlich bei der Vergabe dieses Preises an Dolefil, ist absolut ekelhaft für die philippinischen Arbeiter und das Volk. Sie zeigen erneut, was für gleichartige Feinde von Arbeiterrechten sie sind und welche Interessen sie vertreten.

27.06.2011

Drei Tage vor dem 1. Jahrestag von Präsident Aquino`s Amtsübernahme kritisiert die KMU den Präsident für seine **Bejahung der Ausweitung der Kontraktarbeit** und sagt, dass dieses Schema sich unter Aquino`s Regime weiter verschlechtert. Sie nimmt dabei Bezug auf folgende Fälle:

Philippine Airlines (PAL): die Aquino Regierung erlaubte Lucio Tan über das Arbeitsministerium die Einführung von Kontraktarbeit durch Auslagerungsmaßnahmen, wodurch mehr als 2.600 reguläre Arbeiter von einer der ältesten Gewerkschaftsgruppen des Landes lediglich als Kontraktarbeiter wieder angeheuert werden.

ABS-CBN: Während das DOLE befürwortet, dass ABS-CBN Kontraktarbeiter in seinem betriebsinternen Job-Markt als reguläre Arbeiter anerkennt, ist die Regierung damit fehlgeschlagen, die im Lopez Besitz befindliche Gesellschaft zu nötigen, die Anordnung durchzuführen. Sie hat ABS-CBN nicht dafür getadelt, dass sie illegal 100 Kontraktarbeiter entlassen hat, die eine Gewerkschaft aufgebaut hatten.

Bankindustrie: die Aquino-Regierung hat die Philippinische Zentralbank mit dem Rundschreiben Nr. 268 dazu befugt, Bankfunktionen auszulagern, mit dem alle Bankangestellten in Angst versetzt wurden, ihre Arbeit zu verlieren und als Kontraktarbeiter wieder angeheuert zu werden.

Der Stand der Dinge ist so, dass die Kontraktarbeit in einem großem Maßstab durch die Regierung befürwortet wird – durch die Hauptentscheidungen zu PAL und ABS-CBN und die Untätigkeit in Bezug auf die Bankindustrie, die Exportproduktionszonen und den Dienstleistungssektor. Noynoy fährt damit fort, die Nation zu einer Nation von Kontraktarbeitsverhältnissen zu machen, so Roger Soluta.



Kontraktarbeitern wird weniger bezahlt, sie bekommen weniger Unterstützungsleistungen und Zeitarbeit. Sie können leichter entlassen werden, und es wird ihnen schwer gemacht, Gewerkschaften aufzubauen bzw. dort Mitglied zu werden. In vielen Fällen sind sie genötigt, schwere, schmutzige und gefährliche Arbeit in den Fabriken zu übernehmen.

Die meisten der kürzlich bekanntgegebenen 11 Milliardäre im Land sind die an der Spitze von Kontraktarbeitgeber wie z.B. Henry Sy, Lucio Tan und Danding Cojuango, die das Pack anführen. Kontraktarbeit ist für die philippinischen Arbeiter und das Volk eine Acht und für die großen ausländischen und örtlichen Kapitalisten eine Bonanza (Goldader), so Roger Soluta.

Das ist das was Aquino damit meint, wenn er sagt, er wolle mit seiner Politik das Land für Investoren, insbesondere ausländische, attraktiv machen: in dem er eine Arbeiterschaft, die sich aus Kontraktarbeiter zusammensetzt, anbietet. Aus dem Blickwinkel der Kontraktarbeit, von der die Mehrheit der Arbeiter im Land

betroffen ist, schätzt die Aquino-Regierung die philippinischen Arbeiter und das Volk überhaupt nicht.

28.06.2011

Die reale **Kaufkraft der Löhne ist in dem Jahr von Aquino's Regierung tiefer gefallen als unter seiner Vorgängerin**. Die philippinischen Arbeiter und das Volk sind ärmer wie vor einem Jahr. Mit dieser Stellungnahme 2 Tage vor dem Jahrestag der Amtsübernahme von Präsident Aquino III verurteilt die KMW seine Verweigerung einer schon lange überfälligen signifikanten Lohnerhöhung und dass er die Armut und das Leiden weiter verschärft hat. Bezugnehmend auf die IBON Stiftung lag die Inflationsrate im Juli 2010 durchschnittlich bei 3,7% und 4,5% im April 2011, wodurch die tatsächliche Kaufkraft des Mindestlohnes von 404 Pesos in der Hauptstadtregion um 10,50 Pesos gesunken ist. Dadurch lag der Lohn bei effektiv läppischen 234,90 Pesos, gemessen an den Preisen des Jahres 2000. Zu Beginn der Regierungszeit von Aquino lag der Mindestlohn in dieser Region bei effektiv 243,50 Pesos. Was Aquino im ersten Jahr seiner Amtszeit gegeben hat ist noch niedriger wie das was Arroyo in ihrem ersten Jahr angedeihen ließ, so Roger Soluta. Nach Angaben von IBON gewährte die Arroyo Regierung eine Lohnerhöhung von 15 Pesos im Februar 2002, wodurch der Mindestlohn in der Hauptstadtregion auf 280 Pesos angehoben wurde, was 258 Pesos gemessen an den Preisen von 2000 entspricht. Wenn Aquino III das hätte angleichen wollen, hätte er den Mindestlohn in Manila von 404 Pesos um 40 Pesos erhöhen müssen.

28.06.2011

In einer Erklärung würdigt die KMW den vergangene Nacht in der Stadt Marikina, seinem Wohnort, an **Lungenkrebs verstorbenen 59-jährigen Arbeiterführers Leonardo „Ka Ben“ Perez**. Ka Ben war als er starb Vorsitzender der Allianz von nationalistischen und authentischen Gewerkschaftsorganisationen (ANGLO), Mitglied des nationalen Rats der KMW und Vizevorsitzender der Anakpawis-Parteiliste in Marikina. Ka Ben stammte aus einer armen Bauernfamilie aus Nasugbu, Batangas. Er war nicht in der Lage, seine Grundschule zu beenden und nahm als Jugendlicher verschiedene Jobs an, um dabei zu helfen, die Bedürfnisse seiner Familie zu befriedigen.

Das politische Engagement von Ka Ben ging in den frühen 80er Jahren los – als Busfahrer und aktiver Gewerkschafter in der JD Transit Incorporated, wo er die Managementgewerkschaft bekämpfte und rauswarf. Er war gewählter Kassierer der Bus-Industrie Allianz (Busina) in den späten 80er Jahren und führte erfolgreiche Streiks gegen die Busgesellschaften bis in die frühen 90er Jahren. Er führte die aktive Teilnahme von Busina in großen Protestaktionen in dieser Zeit. Ka Ben war so arm, er wollte arbeiten gehen und pendelte täglich auf der Baclaran-Monumento-Route, nicht ohne seiner Familie ein bisschen Geld zu hinterlassen. Er war nur in der Lage, seiner Familie mittags Geld zu senden, bei dem er eine ausgebildete Brieftaube benutzte, um einige wenige hundert Pesos zu überführen. Dann wurde er ein Jeepneyfahrer, der auf der UP-Katipunan Route pendelte. Er führte die Gründung der Jeepfahrer-Vereinigung und wurde ihr Vorsitzender. Einmal banden er und seine Kollegen einen ausfallend werdenden Polizeibeamten solange an einen Laternenmast bis er sich bei ihnen mit einem Kotau entschuldigte. Danach arbeitete er für Living Art, eine Möbelgesellschaft in Marikina, wo er wiederum eine Gewerkschaft gründete. Er führte seine Kollegen bei der Auslösung eines Streiks in der Gesellschaft gegen niedrige Löhne und nicht tolerierbare Bedingungen dort. Er wurde in den frühen 2000er Jahren als Funktionär der Anglo gewählt. Davor hatte er aktiv teilgenommen beim Rauswurf einer früheren Führung einer Vereinigung, deren Betrug an Arbeiterkampagnen aufgedeckt worden war, bei dem diese Geld von den Kapitalisten bekommen hatten. Als der Vorsitzende von Anglo, Wilson Baldonanza 2009 starb, übernahm Ka Ben die Führung der Föderation. Er nahm aktiv teil an der Gründung der Anakpawis-Parteiliste-Gruppe in Marikina, als deren Vizevorsitzender er gewählt worden ist. Er akzeptierte die Präsidentschaft der Föderation entgegen den Späßen, wonach seine Vorgänger in ihrem Amt gestorben sind. „Dort leben wir als Gemeinschaft, einer für alle-alle für einen“, würde er sagen. Dann, um versuchen seine Stärke zu zeigen, würde er schildern wie er Leben während des Taifuns „Ondoy“ geschützt hatte. Seine Frau erinnert sich an als fürsorglicher und romantischer Ehemann. Wann immer auf Ausflügen außerhalb der Stadt, gewöhnlich mit Aktivisten, so fand immer Zeit in dem arbeitsreichen Ablauf, seiner Frau Mitbringsel zu kaufen. Seine 4 Kinder behandelte er alle gleich, erzählte ihnen, sie sollen ihn mehr als Freund wie als Vater behandeln. Seine Kinder erzählten ihm so alle ihre Probleme und Anliegen und er konnte ihnen leicht Ratschläge geben. Ka Ben war ruhelos in der Aufklärungsarbeit gegenüber seiner Frau und seinen Kindern in der Verfechtung für Arbeiterrechte und soziale Veränderung. Ka Lucy hat ihn sehr stark bei seinen Aktivitäten unterstützt und schloss sich ihm an bei der Ermutigung ihrer Kinder, sich Gruppen von Aktivisten anzuschließen. Einer seiner Söhne erinnerte sich an seine witzige Ermahnung, ein Aktivist zu werden. Alle seine Kollegen erinnern sich an Ka Ben als Spaßmacher, einer der immer die Menschen zum Lachen bringen wollte. Er war immer bei der Hand, Späße zu liefern, auch in den ernstesten Zusammenkünften. Er liebte es, seine Genossen zum Lachen zu bringen, in dem er die Töne von Trompeten und Saxophonen imitierte. Immer bereit, was vorzutragen, wurde

er ein Augenblicksmoderator und Sofortsänger bei vielen Gelegenheiten. Einmal hat er seine Genossen in Freiheit gesetzt, in dem er als Rechtsanwalt aufgetreten ist. Ka Ben mag ein Spaßmacher gewesen sein, aber er war sehr ernsthaft, um den Kampf für Arbeiterrechte und soziale Veränderungen voranzubringen. Wie viele authentische Arbeiterführer hat er wiederholt Bestechungsversuche von Kapitalisten zurückgewiesen, die ihn zum Betrug bei den Kämpfen der Arbeiter für ihre Rechte verleiten wollten. Als Arbeiterführer hat er hart gearbeitet und war gut bei der Bewahrung seiner hohen Moral als Arbeiterkollege. Er war ein kompetenter Propagandist und Taktiker in den Gewerkschaftskämpfen. Er zeigte immer entschieden bei der Lösung von Problemen und der Verbesserung der Arbeit. Ka Ben hinterlässt seine Frau Lucy und seine vier Kinder. Seine sterblichen Überreste liegen in der Wohnstätte seiner Familie in dem Barangay Tumana (Dona Petra) in der Stadt Marikina. Seine Freunde und Kollegen werden am 2. Juli um 6 Uhr nachmittags eine Ehrung von ihm durchführen. Am 3. Juli wird er zu seiner endgültigen Ruhe gebracht.

29.06.2011

Die KMU führte heute in Solidarität mit dem Kampf des griechischen Volkes **eine Protestaktion vor der griechischen Botschaft in Makati City** durch. Die Kürzungsmaßnahmen der griechischen Regierung sind arbeiter- und volksfeindlich, ähnlich wie die der Aquino-Regierung. Hunderttausende beteiligten sich in Griechenland an Massenaaktionen in der ersten Woche des Monats Juni und protestieren gegen den Plan der Regierung Papandreou zur Reduzierung des Haushaltsdefizits durch Kürzung von sozialen Leistungen und erneute Erhöhung der Steuern – auf der Höhe des dramatischen Anstiegs der Arbeitslosigkeit, der durch frühere ähnliche Maßnahmen verursacht worden ist. Die genannten Kürzungsmaßnahmen werden diktiert von dem US-geführten Internationalen Weltwährungsfond, der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank im Tausch gegen einen neuen Rettungsplan. Wir sind einig mit den Arbeitern und dem Volk von Griechenland in ihrem Ruf: „Wir werden nicht aufhören, bis diese Regierung abgetreten und die IWF-EU-EZB-Troika rausgeworfen ist, sagte Tess Dioquino, Vizevorsitzende für internationale Angelegenheiten. Wir verurteilen Regierungen wie die von Papandreou, die dem Diktat der autoritären und rechtsstehenden Institutionen, die die Arbeiter und das Volk zu einem miserablen Leben zwingen wollen, anstatt ihren Arbeitern und dem Volk inmitten der weltweiten Depression zu helfen. Konfrontiert mit einer wachsenden Armut und Arbeitslosigkeit, haben die griechischen Arbeiter und das Volk jedes Recht zu protestieren. Die Politik gegen die die griechischen Arbeiter und das Volk protestieren ist sehr ähnlich dem was bereits durch die Aquino-Regierung eingeführt worden ist – mit einem riesigen Brocken unseres Haushalts, das in Schuldenzahlungen geht, mit Kürzungen der Budgets im Bildungs- und Sozialwesen und mit drückenden Steuern. Wegen der wirtschaftlichen Depression schliddert Griechenland auf philippinisches Niveau während die Philippinen auf einen noch niedrigeren Level der Armut und des Leidens fallen, so Roger Soluta. Die griechischen Arbeiter und das Volk protestieren gegen ihre morsche Regierung, die arbeiter- und volksfeindliche Politik wird mit dem Ruf nach dem Rücktritt der Papandreou-Regierung belohnt. Die Aquino-Regierung, die griechenlandähnliche Kürzungsmaßnahmen eingeführt hat, sollte den Warnruf der griechischen Arbeiter und des Volkes beachten.

30.06.2011

Hunderte Arbeiter unter der Führung der KMU stürmten heute zum Büro des Arbeitsministeriums in Intramuros, um erneut den Präsident Aquino III für seine niedrig Haltung der Löhne und die Bejahung der Kontraktualisierung der Landesbeschäftigten zu verdammen. Wir lehnen alle Entschuldigungen von Präsident Aquino III, nicht genug für die Beseitigung der Armut der philippinischen Arbeiter und des Volkes getan zu haben, dass Gloria Macapagal Arroyo schuld daran hat, dass er noch neu und unerfahren ist, dass die Dinge in den kommenden Monaten und Jahren besser würden. Was für uns klar ist, dass er alle konkreten Vorschläge zur Abschaffung der Armut wie z.B. nach einer signifikanten Erhöhung der Löhne und dem Stopp der Kontraktarbeitsverhältnisse, was in seiner Macht stünde, abgelehnt hat. Aquino III zerschlug alle Hoffnungen, dass es in nächster Zukunft für die philippinischen Arbeiter und das Volk besser würde. Angesichts seiner arbeiterfeindlichen Politik, seiner Gefühllosigkeit gegenüber dem Leiden der philippinischen Arbeiter und dem Volk, die sehr unter Arroyo gelitten haben, der Vergeudung seines sog. Mandats, fragen wir: wir können wir darauf hoffen, dass die Dinge in Zukunft besser werden? In seinem ersten Jahr im Amt hat Aquino alle Hoffnungen enttäuscht, dass die Armut ein wenig erleichtert werde und ganz zu schweigen, in seiner Amtszeit auszumerzen.



30.06.2011

Die **Rede von Aquino am 30. Juni** zeigt, dass es nichts gibt, worauf er in seinem ersten Jahr im Amt stolz sein könnte. Nichts neues: er hat sich wieder auf seine Anti-Korruptionskampagne fixiert und schob die Schuld für die Probleme des Landes der Vorgängerregierung zu, entgegen der Tatsache, dass er nichts wesentliches getan, um Arroyo vor Gericht zu bringen. Mitten in der steigenden Armut und des Hungers nimmt Aquino den leichten Weg und nimmt Zuflucht zu vagen Allgemeinplätzen, wenn er immer er über die Ökonomie spricht. Weil es einfacher ist, Versprechungen zu machen als Ziele aufzuzeigen, ist seine Rede mit Versprechungen vollgepackt, bringen uns die Erklärungen zur Lage der Nation (SONA) von Arroyo in Erinnerung. Diese Vorschau von seiner SONA erzählt uns, dass wir an diesem nicht zu zuhören haben, sondern viele Anlässe, um zu protestieren, so Labog.